

Ostfraktionentreffen am 24./25. April 2017

Sicherheit in Freiheit – Grundrechte schützen, Rechtsstaat verteidigen

„Wer wesentliche Freiheiten opfert, um vorübergehend ein kleines Maß an Sicherheit zu gewinnen, verdient weder das eine noch das andere.“ Dies wusste unter anderem Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika. Sicherheit und Freiheit bedingen einander. Die große Kunst ist es, sie so ins Verhältnis zu setzen, dass durch gesellschaftlichen Schutz, politische sowie soziale Stabilität, das Ausleben von Freiheiten und Grundrechten eines jeden Menschen bestmöglich gewährleistet wird. Dieses Erkenntnis ist nicht neu, sie zieht sich durch die Geschichte der europäischen Rechtsphilosophie und ist heute Grundlage unserer Verfassung und unseres Rechtsverständnisses. Sicherheitspolitik muss der Wahrung der Grundrechte und der Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger im Staat dienen und darf diese nicht gefährden. Hierfür stehen die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der ostdeutschen Bundesländer. Dies gilt auch in Zeiten terroristischer Bedrohung und außenpolitischer Unwägbarkeiten.

Besonders in Ostdeutschland liegen die Zeiten, in denen Grundrechte für den Einzelnen nicht wie heute einklagbar waren, noch nicht allzu lange zurück. Ein wirksamer Grundrechtsschutz ist in unseren Augen alles andere als selbstverständlich und ein hohes Gut.

Derzeit sind wir mit neuen Herausforderungen sicherheitspolitischer Art konfrontiert. Der internationale islamistische Terrorismus, grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität, immer mehr rechtsextrem motivierte Gewalttaten, eine zunehmende Zahl von Wohnungseinbrüchen sowie neue Formen von Straftaten im Netz fordern wirkungsvolle Antworten. Der menschenverachtenden Brutalität von Terrorist*innen muss entschieden und effektiv auf allen staatlichen Ebenen mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Als Ostfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern wir in der sicherheitspolitischen Debatte Besonnenheit und Sachlichkeit ein.

Sicherheit ist Mittel zum Zweck. Auf den ersten Blick Garant*innen für Sicherheit, sorgen etwa Polizeibeamt*innen dabei gleichermaßen für den Schutz von Grund- und Menschenrechten. Der Schutz der Rechte des einen darf dabei nicht zur überproportionalen Einschränkung der Grundrechte des anderen führen – das Handeln aller staatlichen Sicherheitsorgane muss sich stets am Einzelfall und am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientieren. Staat und Gesellschaft müssen das richtige Maß an Sicherheit herstellen, um Grundrechte zu gewährleisten. Auch soziale Sicherheit gehört im weiteren Sinne dazu.

Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit werden wir daher strikt am **Prinzip der Rechtsstaatlichkeit**, insbesondere am **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**, messen: Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit. Dazu gehören für uns auch die zeitliche Befristung neuer Maßnahmen und die externe Evaluierung ihrer **Wirksamkeit**.

Als Ostdeutsche Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wir konkret:

- 1) Mehr Prävention.
- 2) Konsequente Nutzung bestehender Befugnisse.
- 3) Personelle Stärkung der Polizei und Investitionen in zeitgemäße Ausbildung und Ausstattung.
- 4) Europaweite Prozessoptimierung, Kooperation und strukturelle Verbesserungen.
- 5) Zielgerichtete Gefahrenabwehr statt Vermengung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.
- 6) Sicherheitspolitik als öffentliche Aufgabe – keine Privatisierung.

Mehr Prävention

Verhältnismäßiges polizeiliches Handeln heißt immer: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Die mildesten Mittel sind zu bevorzugen. Gerade der Vorbeugung von Straftaten kommt hier eine tragende Rolle zu; ihre Möglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft. Hinzu kommt, dass Prävention die mit Abstand günstigste und nachhaltigste Form der Sicherheitspolitik ist. Wer im weiteren Sinne in Fürsorge und Ausbildung und im engeren Sinne in Jugendprävention und Aussteigerprogramme investiert, beugt schlimmsten Straftaten vor und erspart riesige Aufwendungen für Resozialisierung. Präventions- und Aussteigerprogramme sind jedoch seit Jahren chronisch unterfinanziert und häufig vom rein persönlichen Engagement Einzelner abhängig. Dies wollen wir ändern. Prävention bedeutet für uns zudem eine Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, insbesondere bei der Bekämpfung rechtsextremer Gewalt. Wir stellen außerdem fest, dass die beste Kriminalitätsvorsorge in weiten Bereichen ein funktionierender Sozialstaat und der gesellschaftliche Zusammenhalt sind.

Konsequente Nutzung bestehender Befugnisse

Bereits jetzt bestehen weitreichende Befugnisse der Ermittlungsbehörden. Grundsätzlich arbeiten damit unsere Sicherheitsbehörden gut und zuverlässig. Im Rahmen bisheriger Terrorbekämpfung hat sich jedoch immer wieder gezeigt, dass die bestehenden Möglichkeiten nicht vollständig ausgeschöpft wurden oder werden konnten. Die Ostfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für die effiziente Anwendung bestehender Befugnisse vor deren Ausweitung.

Personelle Stärkung der Polizei und Investitionen in zeitgemäße Ausbildung und Ausstattung

Eine moderne Polizeiausbildung und -ausstattung sind essentieller Teil eines modernen Gefahrenabwehrrechts. Jahrelang wurde in vielen Bundesländern die Anzahl von Polizist*innen kontinuierlich reduziert, um kurzfristig Ausgaben zu kürzen. Doch kann man Polizei und Nachrichtendiensten noch so viele Befugnisse erteilen – haben sie nicht das Personal, diese

umzusetzen, läuft jede Ermächtigung ins Leere. Wir wollen eine solide personelle Ausstattung und Ausbildung der Polizei. Dabei ist gerade in Ostdeutschland, wo viele Polizistinnen und Polizisten Anfang der 1990-er Jahre eingestellt wurden, eine ausgeglichene Altersstruktur anzustreben. Wir wollen zudem die bewährte dreijährige Polizeiausbildung beibehalten und nicht mit der Begründung drohenden Personalmangels auf eine innerhalb weniger Monate ausgebildete „Hilfspolizei“ zurückgreifen zu müssen. Vorausschauende Personalpolitik ist möglich. Wir wollen mit bestmöglicher Ausbildung und Ausrüstung um die bestgeeigneten Kandidat*innen für den Beruf werben können.

Hohe, bundesweit harmonisierte Aus- und Fortbildungsstandards müssen insbesondere für Spezialisten im Staatsschutzbereich geschaffen werden. Eine Analyse von Beispielen gelungener Polizeiarbeit auf europäischer wie nationaler Ebene soll unsere Polizei noch bürgerfreundlicher werden lassen und durchweg hohe menschenrechtliche Standards schon in die Polizeiausbildung einfließen lassen.

Dazu gehört es auch, Lehren aus der Aufarbeitung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zu ziehen. Die nachträglichen Untersuchungen zeigen, dass institutioneller Rassismus und Diskriminierung mit Gründe dafür waren, dass Sicherheitsbehörden die Morde und Anschläge des NSU nicht mit extrem rechten Täter*innen und deren rassistischen Motiven in Verbindung brachten. Eine moderne Ausbildung soll für die Zukunft verhindern, dass Sicherheitsbehörden „auf dem rechten Auge blind“ agieren.

Die veraltete Ausstattung, mit der Polizist*innen in der Vergangenheit bei ihren teils hochgefährlichen Einsätzen Vorlieb nehmen mussten, ist unzumutbar. Sie gefährdet diejenigen, die mit ihrem Einsatz Sorge dafür tragen, dass wir sicher leben und Gebrauch von unseren Freiheitsrechten machen können. Wer mit Waffen umgehen muss, braucht auch geeignete Schutzausrüstung und Übungsvorrichtungen, denn die Anforderungen an Polizist*innen, im Ernstfall besonnen mit Waffen umzugehen und auch noch in schwierigen Situationen deeskalierend zu handeln, sind hoch. Mit Sparmaßnahmen bei der Ausstattung derer, denen wir schnelle Hilfe im Gefahrenfall verdanken, muss Schluss sein.

Prozessoptimierung, Kooperation und strukturelle Verbesserungen – europaweit

Das beste Personal kann an starren, eingefahrenen Prozessen scheitern. Weitreichende Befugnisse laufen leer, wenn die ergriffenen Maßnahmen nicht zwischen den Behörden koordiniert oder Erkenntnisse nicht weitergeleitet werden. Dies gilt im Besonderen für die europaweite Koordination bei grenzüberschreitenden Sachverhalten. Der Fall des Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz etwa lässt bereits jetzt eklatante Kommunikationsdefizite unter den Behörden erkennen.

- Im Hinblick auf das föderale System ist dabei die **Koordination der polizeilichen Terrorismusbekämpfung auf Bundesebene** in Abstimmung mit europäischen

Akteuren sehr wichtig. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Europaebene soll verbessert und klare gesetzliche Grundlagen für den Informationsaustausch sollen geschaffen werden. Die Tätigkeit der bislang rechtlich kaum geregelten, frei schwebenden Gemeinsamen Zentren von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten (das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ), das gemeinsame Extremismus- und Terrorabwehrzentrum (GETZ), das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration (GASIM), das Nationale Cyber-Abwehrzentrum oder das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ)) wollen wir auf eine rechtsstaatskonforme Grundlage stellen. Dabei müssen Zuständigkeiten klar geregelt werden, damit eine Kultur der Verantwortung wächst und die parlamentarischen Informations- und Kontrollrechte der Parlamente gewährleistet bleiben.

- Jedes Bundesland entscheidet über die polizeilichen Befugnisse auf seinem Gebiet. Die föderale Struktur ist als Element der Gewaltenteilung unabdingbar, weshalb eine **Harmonisierung der Schutzstandards und der Kooperation** Vorrang vor einer reinen Kompetenzanpassung von polizeilichen Ermächtigungen haben muss.
- Die **grenzüberschreitende Kooperation innerhalb Europas**, die institutionalisierte Übermittlung sicherheitsrelevanter Daten unter Einhaltung hoher Datenschutzstandards muss ausgebaut werden.
- **Informationstechnische Standards** und polizeiliche Datenmasken müssen bundes- und europaweit peu à peu angeglichen werden, damit ein reibungsloser Datenaustausch erfolgen kann.
- Ein Austausch von Informationen setzt zudem **harmonisierte polizeiliche Definitionen** voraus. Neben der besseren Handhabbarkeit auf bundes- und europäischer Ebene sind für uns die Transparenz der Begrifflichkeiten sowie die gerichtliche Überprüfbarkeit wesentliche Zielgrößen. Das bisherige Gefahrenabwehrrecht bietet dafür eine geeignete Rechtssystematik, die wir beibehalten wollen.
- Wir befürworten weiterhin den **Ausbau grenzüberschreitender Kooperationszentren der Polizei**. Eine Anzahl von gerade einmal 40 Zentren (Quelle: Europol) innerhalb der EU bei 28 Mitgliedsstaaten mit ihren jeweiligen Landesgrenzen scheint kaum ausreichend.
- Eine fortwährende **Analyse und Aufarbeitung** fehlerhafter Zusammenarbeit – etwa in Bezug auf den Anschlag am Breitscheidplatz – ist erforderlich, um sinnvolle Konsequenzen daraus ziehen zu können. Hierfür ist eine vollständige Akteneinsicht vonnöten.
- Die verfassungsrechtlich gebotene **Trennung von Verfassungsschutz- und Ermittlungsbehörden** wollen wir beibehalten und die parlamentarische Kontrolle stärken. Eine zentralistische Verfassungsschutzbehörde des Bundes lehnen wir ab. Vielmehr braucht es weiterhin einen strukturellen Neuanfang bei den Verfassungsschutzbehörden. Für die besonders in der Terrorbekämpfung zwingend er-

152 forderliche Kooperation zwischen den Behörden sind klare und praxistaugliche
153 Regeln notwendig.

154 **Zielgerichtete Gefahrenabwehr statt Vermengung von Gefahrenabwehr und** 155 **Strafverfolgung**

156 Die strenge Trennung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung ist keine rein juristisch-
157 theoretische und auch nicht nur eine Abgrenzung von Bundes- und Landeszuständigkeit. Sie
158 hat unmittelbar grundrechtliche Bedeutung. Die aufgeheizte Diskussion der letzten Monate
159 vermischt beide Bereiche zunehmend. Repressive Maßnahmen, die höchstens in der Straf-
160 verfolgung noch verhältnismäßig sein dürften, werden auf den Bereich der Gefahrenabwehr
161 ausgeweitet. Massenhafte Videoüberwachung und langfristige Datenspeicherung der Bilder
162 und Daten Unschuldiger und Unbeteiligter werden öffentlich diskutiert, die im Grundgesetz
163 verbürgte Unschuldsvermutung wird aufgeweicht. Wir Bündnisgrünen halten Maßnahmen
164 dieser Art für unverhältnismäßig und verfassungswidrig. Wir stehen für zielgerichtete Gefah-
165 renabwehr. Dies heißt für uns, Maßnahmen nur dann zu unterstützen, wenn sie geeignet
166 sind, ein Mehr an Sicherheit tatsächlich herzustellen und sie auch sonst verhältnismäßig
167 sind. Unsere Freiheit ist uns viel wert; sie darf nicht zum Tauschmittel für ein höheres Maß
168 an subjektivem Sicherheitsgefühl werden.

- 169 • Die **anlasslose Sammlung und Auswertung von Massendaten beispielsweise aus**
170 **dem Bereich der Telekommunikation** (Vorratsdatenspeicherung) halten wir für
171 einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürger*innen sowie
172 für weitgehend ungeeignet, um terrorbereite Personen zu ermitteln. Zu berück-
173 sichtigen ist, dass sowohl der Berliner Attentäter vom Breitscheidplatz als auch
174 die mutmaßlichen Rechtsterroristen des sogenannten NSU bereits vor den ihnen
175 zugeordneten Attentaten den Sicherheitsbehörden aufgefallen waren. Es waren
176 also keine solchen Massendaten erforderlich, um diese Gefährder als solche zu
177 erkennen.
- 178 • Die **Videoüberwachung** und Speicherung von Bildern Unbeteiligter darf **präventiv**
179 weiterhin nur unter engen Voraussetzungen erfolgen. Es hat sich in der Vergan-
180 genheit gezeigt, dass insbesondere islamistische Attentäter sich nicht von ihr ab-
181 schrecken lassen, sie vielmehr zur Selbstdarstellung missbrauchen können.
- 182 • **Videoüberwachung** kann abseits der Terrorismusbekämpfung, wenn überhaupt,
183 nur an neuralgischen Punkten mit hohem Gefahrenpotential sinnvoll sein und
184 insbesondere **nach einer Straftat** die Aufklärung erleichtern. Eine Ausweitung der
185 Videoüberwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grundrechten jedoch
186 nicht vereinbar und wird von uns abgelehnt.
- 187 • Insbesondere **im Internet** kommt dem Schutz der Privatsphäre, dem Kernbereich
188 der freien Entfaltung der Persönlichkeit, besondere Bedeutung zu. Im Hinblick auf
189 die ständigen Fortentwicklungen der Informationstechnologien müssen polizeili-
190 che Befugnisse aus der analogen Welt für den digitalen Bereich angepasst wer-

den, etwa in Fällen von Hasskriminalität im Netz. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein, Grundrechte müssen hier genauso gelten. Für grenzüberschreitende Sachverhalte müssen grundrechtskonforme grenzüberschreitende Befugnisse geschaffen werden.

- Die **elektronische Fußfessel** stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen dar. Dieses Überwachungsinstrument wird daher nach bisheriger Rechtslage nur gegen schwere Straftäter eingesetzt, die von einem Gericht verurteilt und unter Führungsaufsicht gestellt worden sind. Einen vorbeugenden Einsatz gegen sogenannte Gefährder lehnen wir ab. Es gibt keine brauchbaren Indizien dafür, dass Fußfesseln potentielle Attentäter tatsächlich von Tatplänen abhalten, zumal in den stärker gefährdeten Großstädten die Anschlagssziele zu dicht beieinander liegen, als dass eine wirksame Aufenthaltsüberprüfung möglich wäre.
- Die Anordnung von **Strafhaft** ist, wie der Name sagt, eine strafrechtliche Sanktion, der – auch für sogenannte Gefährder – ein rechtsstaatliches Strafverfahren vorausgehen muss, bis zu dessen Abschluss die Unschuldsvermutung gilt. Strafrechtliche Sanktionen präventiv zu verhängen, etwa durch eine Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams, ist aus unserer Sicht nicht verfassungsgemäß. Noch weniger ist eine Ausweitung der Abschiebehaft als Sanktionsmittel tauglich. Sie muss an strikte Voraussetzungen geknüpft bleiben.
- Personenkontrollen sollen, wie bisher bei konkreten Anhaltspunkten für eine Straftat, nicht anlassunabhängig zulässig sein. Eine flächendeckende **Schleierfahndung** – also die verdachtsunabhängige Kontrolle, die bisher nur zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Grenzbereich erlaubt ist – lehnen wir ab. Eine Ausweitung wäre verfassungsrechtlich mindestens bedenklich. Die Bürger*innen dürfen nicht jederzeit befürchten müssen, von der Polizei kontrolliert zu werden, ohne dass ein konkreter Verdacht besteht. Auch befürchten wir, dass eine Terroristensuche per Schleierfahndung zu einem diskriminierenden wie irreführenden „Racial profiling“ führen würde, indem nach physiognomischen Merkmalen und nicht nach Verdachtsmomenten kontrolliert würde. Die Schleierfahndung unter Terrorismus-Aspekten wäre eine unverhältnismäßige Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen.
- Die Zunahme von Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten und rassistisch motivierten Angriffen zeigt, dass weiterhin hohe Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden in Bezug auf extrem rechte Strukturen geboten ist. Neben der konsequenten Strafverfolgung, die eine schnelle Ermittlung von Tatverdächtigen ermöglicht, kann eine täterorientierte **Strukturermittlung** sinnvoll sein.
- Der **Richter*innenvorbehalt** hat sich bewährt. Er soll etwa für weitergehende Telekommunikationsbestandsdatenauskünfte wie Auskünfte über Inhaber von Internetprotokolladressen gelten.

- Inkriminierte Gelder müssen behördlich sichergestellt werden, bevor sie der Terrorfinanzierung dienen können; die **Geldwäschebekämpfung** spielt dabei eine entscheidende Rolle und sollte in Bezug auf digitale Währungen fortentwickelt werden.

Sicherheitspolitik als öffentliche Aufgabe – keine Privatisierung von Sicherheit

Durch die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raumes (Beispiel: private Shopping-Mall statt städtische Fußgängerzone) findet auch eine Privatisierung der in diesem Raum tätigen Sicherheitsverantwortlichen statt. Auch bei diversen öffentlichen Veranstaltungen werden private Sicherheitsdienste statt offizieller Polizei eingesetzt. Diese Entwicklung sehen wir mit Sorge, können doch Bürger*innen sich gegenüber der Polizei sehr viel wirksamer auf ihre Grundrechte berufen als gegenüber privaten Diensten; die Drittwirkung von Grundrechten, also ihre Geltung und Durchsetzung gegenüber nichtstaatlichen Akteuren, ist beschränkt. Auch bei Personalauswahl und Ausbildung bestehen gravierende Unterschiede.

Mit Sorge sehen wir auch eine Tendenz zur Selbstjustiz durch die Zunahme von parastaatlichen, privaten Bürgerwehren und Nachbarschaftsstreifen. Auch hier wirkt sich der Sparkurs der letzten Jahre bei den Polizeikräften aus. Durch eine zukünftig solide Ausstattung aller staatlichen Sicherheitsorgane wollen wir das Vertrauen in die öffentliche Sicherheit wieder stärken und den genannten Tendenzen entgegenwirken. Der Privatisierung des öffentlichen Raumes wollen wir entgegenwirken.

Wir treten zudem entschlossen für eine **Verschärfung des Waffenrechts** auf europäischer und auf Bundesebene ein. Handfeuerwaffen sollen denjenigen vorbehalten sein, die sie für die Ausübung hoheitlicher Zwecke benötigen und die in der Handhabung solcher ausgebildet sind. In den Händen von Bürgerwehren oder gar selbsternannten Reichsbürgern haben Waffen nichts zu suchen.

100-prozentig sicher

ist leider nur, dass es keine 100-prozentige Sicherheit geben kann. Wir nehmen die terroristische Bedrohung sehr ernst und wollen sicherheitspolitisch zielgerichtet und entschlossen gegen sie vorgehen. Dabei ist uns bewusst, dass objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsgefühl erheblich voneinander abweichen können. Es nützt nichts, einem Passagier mit Flugangst zu vermitteln, sein Flug sei statistisch sicher, sondern die Angst gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Konsequenz darf dennoch nicht sein, ihr ohne weiteres nachzugeben. Sachliche und besonnene Antworten müssen im Vordergrund stehen. Ein modernes Gefahrenabwehrrecht soll in Zukunft die Grundlage polizeilicher Arbeit in der Bundesrepublik sein. Sicherheitspolitik darf nicht zerstören, was wir vor Terrorist*innen sichern wollen: unser Leben in Freiheit in einem demokratischen Rechtsstaat. Denn wer zu viel Freiheit für Sicherheit aufgibt, wird am Ende beides verlieren.